

10.06.2024

Mündliche Anfrage

für die 67. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 12. Juni 2024

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

48 Abgeordneter
Marc Lürbke FDP

Exklusiver Zugang zum Innenministerium: Welche Beziehungen pflegte Innenminister Herbert Reul zum Chef einer mutmaßlichen Schleuserbande?

Am 17. April 2024 durchsuchten die Bundespolizei und Ermittler der Zentral- und Anlaufstelle für die Verfolgung organisierter Straftaten (ZeOS) NRW Räume in einem Bürogebäude in einem Frechener Gewerbegebiet und ein im gleichen Haus residierendes Immobilienunternehmen. Bei dieser polizeilichen Maßnahme wurde u.a. Rechtsanwalt B. festgenommen. Er wird beschuldigt, einen Menschenschleuserring betrieben zu haben.

Medienberichten zufolge räumte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul ein, im Jahr 2022 Spenden von dem ehemaligen CDU-Mitglied und Rechtsanwalt B. erhalten zu haben. Im Zeitraum von 2020 bis 2023 wurden von ihm Spenden in Höhe von insgesamt 52.000 Euro an Gliederungen der CDU angewiesen. B. soll nach Aussage des Innenministers kein CDU-Mitglied mehr sein, weil er seine Mitgliedsbeiträge nicht mehr gezahlt haben soll.

Innenminister Reul gab zudem im Rahmen der Sondersitzung an, von diesen Spenden persönlich profitiert zu haben. B. soll auf ihn zugekommen sein, um ihn sowie die CDU im Landtagswahlkampf 2022 zu unterstützen. Der Kontakt sei ihm empfohlen worden.

In der zu diesem Thema einberufenen Sondersitzung am 28. Mai 2024 wiederholte der

Innenminister diese Aussagen. Von wem Rechtsanwalt B. empfohlen wurde, also wer den Kontakt vermittelt habe, teilte der Innenminister allerdings auch auf Rückfragen hin nicht mit. Er machte allerdings deutlich, dass er ein Interesse an dem Treffen mit Rechtsanwalt B. gehabt habe, weil sich der Innenminister Kontakte zur Wirtschaft bezüglich des Themas „Cybersicherheit“ von B. erhoffte.

Nunmehr teilte der Innenminister im Rahmen der Beantwortung (Vorlage 18/2611) einer zu dieser Thematik gestellten Berichts-anfrage der antragstellenden Fraktion für die 34. Sitzung des Innenausschusses mit, dass Rechtsanwalt B. auf den Innenminister zugekommen sei, um ihn in seiner Arbeit als Amtsträger zu unterstützen.

Der Innenminister bestätigte zudem in der Sondersitzung die mehrmaligen Treffen mit B. Das erste Treffen habe am 18. Februar 2022 im Innenministerium als „Kennenlern-treffen“ stattgefunden. Weitere Treffen folgten, darunter politische Abendveranstaltungen sowie Gesprächstermine zum Thema Innere Sicherheit. Zudem gab es vor der Landtagswahl am 15. Mai 2022 von Rechtsanwalt B. organisierte Treffen mit Wirtschaftsvertretern und dem Innenminister.

Nach der Wahl fanden weitere Treffen zwischen Innenminister Reul und Rechtsanwalt B., der u.a. Geschäftsführer eines im Glücksspiel agierenden Unternehmens war, statt. Am 16. August 2022 fand ein Treffen zum Thema „Glücksspielstaatsvertrag“ im Innenministerium statt, obwohl die Zuständigkeit für den Bereich „Glücksspiel“ eigentlich in die Zuständigkeit der Staatskanzlei fällt.

In diesem Gesamtzusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. **Mit welcher Intention hat sich Rechtsanwalt B. damals an den Innenminister gewendet?**
2. **Wurde Rechtsanwalt B. damals von einem Mandatsträger oder einem Amtsträger der Landesregierung an den Innenminister vermittelt?**

Geschäftsbereich des für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

49 Abgeordnete
Lisa-Kristin Kapteinat SPD

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes am Flughafen Weeze haben wochenlang keinen Lohn erhalten. Der Betreiber des Sicherheitsdienstes ESA Luftsicherheit GmbH hat daraufhin angekündigt, die Gehälter bis zum 5. Juni 2024 zu zahlen. Laut Aussage der Gewerkschaft ver.di sind diese Zahlungen bis dahin nicht gezahlt worden. Jetzt ist bekannt: die Schweizer Gesellschaft HBC Management AG hat den Beschäftigten die ausstehenden Gehälter ausbezahlt. Unklar ist, warum diese Gesellschaft nun die Zahlungen übernommen hat.

Für die Sicherheit an NRWs Flughäfen ist das Land NRW verantwortlich. Auftraggeber für die Betreiber der Sicherheitskontrollen ist die Bezirksregierung Düsseldorf. Diese hat den Auftrag für die Fluggastkontrollen am Flughafen Weeze neu vergeben. Seit dem 8. Juni 2024 verantwortet die Firma I-SEC Deutsche Luftsicherheit SE & Co. KG die Kontrollen am Flughafen Weeze. Diese hat die ausstehenden Gehälter der Beschäftigten aber nicht übernommen.

Die Lohnzahlungen für Mai 2024 stehen zudem noch aus. Es ist nicht bekannt, wer diese Zahlungen übernimmt und dass diese auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommen. Nach wochenlang ausgeblieben Lohnzahlungen muss sichergestellt werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Sicherheitskontrollen am Flughafen Weeze nun zuverlässig ihre Gehälter bekommen.

Gerade für die Menschen, die sich tagtäglich um die Sicherheit der Fluggäste kümmern und einen besonders verantwortungsvollen Job ausüben, kann es kein Dauerzustand sein, bei unseriösen Firmen zu arbeiten. Wer sich jeden Tag um die Sicherheit anderer Menschen bemüht, muss sich selbst sicher sein können, dass er sein Gehalt rechtzeitig bekommt und faire Arbeitsbedingungen erhält.

Wir bitten die Landesregierung daher um Aufklärung folgender Fragen:

1. **Wieso hat die Schweizer Gesellschaft HBC Management AG die ausstehenden Zahlungen für die Beschäftigten der Fluggastkontrollen am Flughafen Weeze übernommen?**
2. **Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Beschäftigten ihre Lohnzahlungen für Mai 2024 bis zum 14. Juni 2024 erhalten?**